



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1764

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 10. April 2014 überwiesenen Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten, Drucksache 18/1764, in mehreren Sitzungen befasst und eine schriftliche Anhörung dazu durchgeführt. Er schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 29. Oktober 2014 ab.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der Stimme der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende